

Zweiter Missbrauchspfarrer in Garching eingesetzt

Von 1984 bis 1986 war bereits ein als Täter bekannter Missionspriester in der Pfarrei – Noch keine Hinweise auf Vorfälle

Von Herbert Reichgruber und Marco Schneider

Garching/Alz. Für Erschütterung sorgte am Sonntag beim Gottesdienst in Garching an der Alz die Nachricht, dass in der Pfarrei vor dem bekannten Missbrauchspfarrer Peter H. bereits zwei Jahre lang ein Pfarrer eingesetzt war, der ebenfalls jahrelang Kinder missbraucht haben soll. Es handelt sich dabei um einen 2016 verstorbenen Eichstätter Diözesanpriester, der in Garching von Oktober 1984 bis 30. September 1986 eingesetzt war. Der Geistliche war nach der Rückkehr aus der Missionsarbeit in Lateinamerika nach Garching gekommen. Hinweise auf Missbrauchsfälle in Garching in diesem Zeitraum gibt es bisher nicht, wie Pfarrer Hans Speckbacher im Auftrag der Erzdiözese München-Freising erklärte.

Ein Jahr vor Peter H. die Pfarrei verlassen

Erst am Wochenende hatte ein Bericht über den Eichstätter Geistlichen der Mediengruppe Bayern, zu der auch diese Zeitung gehört, für Aufsehen gesorgt. Der Mann war nach Missbrauchsfällen in den 1960er-Jahren in die Mission – unter anderem nach Afrika – geschickt worden, als er wegen der Übergriffe von der Polizei gesucht worden ist. Als der Priester nach der Verjährung der Vorfälle 1984 zurück nach Deutschland kam, wurde er von der Erzdiözese München-Freising, die damals Kardinal Friedrich Wetter führte, nach Garching an der Alz entsandt. Er begann seinen Dienst



Erneut im Rampenlicht im Zusammenhang mit einem Missbrauchspfarrer steht seit dem Wochenende die Garchinger Pfarrei, zu der auch die Nikolauskirche (im Bild) gehört.

– Foto: Peter Kneffel/pap

dort am 1. Oktober und blieb bis 30. September 1986, also ein Jahr bevor im Garching der 1986 bereits wegen Missbrauchs verurteilte Priester Peter H. als Pfarradministrator eingesetzt worden ist.

Wie der jetzige Garchinger Pfarrer Speckbacher am Sonntag im Gottesdienst – ohne den betroffenen Geistlichen aus Eichstätt namentlich zu nennen – im Auftrag der Erzdiözese mitteilte, seien Hinweise, dass dieser sich Ende der 1960er-Jahre gegenüber Kindern und Jugendlichen „sexuell übergriffig verhalten haben soll, glaubhaft und plausibel“. Speckbacher nannte auch nicht den ge-

nauen Zeitraum, in der der zweite Missbrauchspfarrer in der Pfarrei tätig war. Er betonte aber, dass es sich dabei nicht um jenen „bereits bekannten Priester“ handelt, der „hier in Garching an der Alz tätig war und der sexuellen Missbrauch gegenüber Kindern und Jugendlichen begangen hat.“ Speckbacher erwähnte also auch den Namen des inzwischen in seiner Heimat Essen lebenden laiserten Peter H. nicht. Gleichzeitig betonte der jetzige Garchinger Pfarrer: „Hinweise, dass der nun in dieser Hinsicht neu bekannt gewordene Priester sich auch in Garching übergriffig verhalten haben könnte, liegen

uns bislang nicht vor. Es kann aber auch nicht ausgeschlossen werden.“ Sollte jemand doch von sexuellen Übergriffen betroffen sein, „möchten wir Sie ermutigen, sich jederzeit an die unabhängigen Ansprechpersonen für Verdachtsfälle von sexuellem Missbrauch der Erzdiözese München und Freising zu wenden.“

Der Missionspriester war von der Bistumsleitung in den 1970er-Jahren in die Mission geschickt worden, um ihn der politischen Fahndung zu entziehen. Der damalige Bischof von Eichstätt, Alois Brems, muss von den Vorfallen gewusst haben. Einen entsprechenden

Bericht unserer Zeitung hat die Diözese am Wochenende bestätigt, der Fall hat deutschlandweit für Aufsehen gesorgt – nicht zuletzt, weil man den Geistlichen gedeckt und unter geänderten Namen in der Karte geführt hat. Nach dem Dienstende in Garching, wo 2016 unmittelbar nach seinem Tod auch die Messe für den Priester gelesen wurde, kam er zurück in seine Heimatdiözese Eichstätt. Auch dort war der Pfarrer wieder in der Gemeinde- und auch der Jugendarbeit eingesetzt. In Kreisen Eichstätter Priester war am Wochenende zu hören, dass sich um die Person des Geistlichen bewusst und gehen jedem Hinweis nach.“

Aussprechpartner für Betroffene oder andere Hinweisgeber sind: Dr. Jürgen Miebach, Pacellistraße 4, 80333 München, Tel. 089/95453713-3, E-Mail: MMiebach@missbrauchsbeauftragte-muc.de sowie Dipl.-Sozialpädagogin Kirstin Davin, St. Emmeramsweg 39, 85774 Unterföhring, Tel. 089/2004 1763, E-Mail: K.Davin@missbrauchsbeauftragte-muc.de sowie Dipl.-Sozialpädagogin Ulrike Leitig, Am Bachfeld 18, 82441 Ohlstadt, Tel. 08841/67099919, Handy: 0160/8574106, E-Mail: u.leitig@missbrauchsbeauftragte-muc.de.

Anzeige

Gesprächsrunde

Natalia Klitschko – Hilfe für die Ukraine



Natalia Klitschko Udo Lielischkies Johannes B. Kerner

Eine spannende Gesprächsrunde über den Krieg in der Ukraine, die Politik Putins und die Sorgen und Not der ukrainischen Flüchtlinge: Natalia Klitschko, ukrainische Sängerin und Ex-Ehefrau des Bürgermeisters von Kiew, Vitali Klitschko, diskutiert mit Udo Lielischkies, dem langjährigen Leiter des ARD-Studios Moskau. Für ihren Einsatz als Friedensbotschafterin erhält Natalia Klitschko den MIE-Charity Award aus den Händen des Moderators Johannes B. Kerner.

Mittwoch, 26. Oktober 2022

Beginn 18.00 Uhr, Einlass 17.00 Uhr
im Medienzentrum der Mediengruppe Bayern,
Medienstraße 5, Passau

Tickets: shop.menschen-in-europa.events
Eintritt 15,- Euro, ermäßigt 10,- Euro
(SchülerInnen, StudentInnen, RentnerInnen)

Reservierungen für das Presserestaurant:
Tel. 0043 6764447244



„Er kann sich sehen lassen“

Weitere Stimmen aus dem Landtag zum Finanzausgleich

München. Auf ein neues deutsches Spitzenergebnis konnten sich die Staatsregierung und die kommunalen Spitzenverbände bei den Verhandlungen über den kommunalen Finanzausgleich 2023 einigen. Insgesamt rund 11,32 Milliarden Euro stellt die Landesregierung im kommenden Jahr für seine Kommunen zur Verfügung. Obwohl die Haushaltsslage des Freistaats weiter höchst angespannt ist, wird das Vorjahresergebnis von 10,56 Milliarden Euro deutlich übertroffen.

Energiekrise und Rezession könnten große Löcher öffnen

Der Straubinger Oberbürgermeister und Stadtratspräsident Markus Pannermayr (CSU) hatte in diesem Jahr die Verhandlungsregie für die vier kommunalen Spitzenverbände von Städten, Gemeinden, Landkreisen und Bezirken übernommen. Offensichtlich unwohl ist allen Beteiligten bei dem Gedanken daran, dass sich im kommenden Jahr angesichts von Energiekrise und erwarteter Rezession große Löcher in den Finanzen der öffentlichen Hand öffnen könnten. „Die Planungsgrundlagen sind sehr unsicher“, sagte Pannermayr.

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) warnte im Zusammenhang mit einer möglichen Gasversorgungskrise in der Wirtschaft vor einem „riesigen Haushaltstrisko auch für den Freistaat“. „Deswegen müssen



Die Planungsgrundlage sei unsicher, betonte Stadtratspräsident Markus Pannermayr bei der Verhandlung zum Finanzausgleich.

– Foto: Tino Lex

sen wir ein bisschen das Pulver trocken halten.“

Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sicherte den Kommunen zu, dass die Staatsregierung sie bei den Kosten der Flüchtlingsunterbringung nicht allein lassen werde. „Wir wollen auf eine Begrenzung des Flüchtlingszugangs drängen, aber es ist wichtig, dass diejenigen, die zu uns kommen, auf jeden Fall vernünftig untergebracht und versorgt werden“, sagte Herrmann. „Und dass das nicht gleichzeitig mit einer Riesenbelastung für unsere Kommunen verbunden ist, sondern dass erstmal der Freistaat Bayern dafür geradesteh.“

Alle drei amwesenden Minister drängten den Bund, mehr Geld in die Länder zu überweisen, um mit den Herausforderungen der derzeitigen Mehrfachkrise fertig zu werden.

„Staat und Kommunen eine die Freude über die heuer noch aufgewachsenen Steuereinnahmen“, betonte

Thomas Karmasin (CSU), Präsident des Bayerischen Landeskreistags. Die Verhandlungen über deren Verteilung waren aber schon deutlich geprägt von der Sorge vor kommenden Rückgängen. „Unter diesen Voraussetzungen haben wir das Ergebnis mitgetragen.“

Dies betonte auch Dr. Uwe Brandl (CSU), Präsident des Bayerischen Gemeindetags. Es sei ein Ergebnis, das den außergewöhnlichen Umständen geschuldet ist und nur deshalb unter Berücksichtigung der erforderlichen Solidarität vom Bayerischen Gemeindetag unterstützt werden könnte.

Steigende Ausgaben: Druck auf kommunale Haushalte wächst

Franz Löffler (CSU), Präsident des Bayerischen Bezirkstags, sagte, dass durch steigende Ausgaben und die abschärfer schwieriger werdende Steuereinnahmensenkung der Kommunen der Konsolidierungsdruck in allen Haushalten wächst. „Da die Bezirke überwiegend über Umlagen finanziert werden, begrüßen wir die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen.“ Dennoch schaue man mit Sorge in die nahe Zukunft.

„Der kommunale Finanzausgleich kann sich sehen lassen“, so Josef Zellmeier (CSU), MdL und Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen. Der Gesamtzuwachs hilfe Kommunen über Kosten- und Preissteigerungen hinweg.

– dpa/prg

Neuer Name für den Bund für Vogelschutz

Amberg. Der Landesbund für Vogelschutz (LBV) hat künftig einen neuen Namen – und zwar Landesbund für Vogel- und Naturschutz. Das beschlossen die Delegierten in Amberg. Keine Neuerung gab es bei der Verbandsführung: Norbert Schäffer bleibt Vorsitzender. „Der Vogelschutz wird für immer eine wichtige Kernaufgabe unserer Tätigkeiten bleiben, doch der Einsatz des LBV zeigt sich in allen Bereichen des Naturschutzes“, begründete Schäffer die Namenserweiterung.

„Die neue Langversion unseres Namens umfasst nun endlich unsere Faszination für Vogel und Natur und zeigt auf einen Blick, wer der LBV ist und was wir tun.“ Mit dieser Ergänzung trage der LBV einer Entwicklung Rechnung, die bereits Ludwig Sothmann Ende der 1970er Jahre angestoßen habe. Der LBV werde sich auch in Zukunft dafür einsetzen, gemeinsam mit anderen Akteuren „Lösungen für die große Zwillingsskrise aus Klimawandel und Artensterben zu entwickeln“, so Schäffer. Der Einsatz des LBV für eine intakte Natur sei gerade jetzt wichtig, da einige unter dem Vorwand der Auswirkungen des Ukraine-Krieges versuchten, den Naturschutz zurückzudrängen.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber (Freie Wähler) bezeichnete den LBV als bedeutendste Initiative, Motor und eine zentrale Anlaufstelle für Naturschutz und Umweltbildung im Freistaat. – lby